



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Messstellen für Umwelt- und Arbeitsschutz e.V.

Aktuell seit 26.03.2026 15:21:33

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004734
Ersteintrag:	07.06.2022
Letzte Änderung:	26.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Baumschulenweg 30 22609 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +494081957311 E-Mail-Adressen: bua-verband@web.de Webseiten: www.bua-verband.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,15

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Peter Wilbring**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Dr. Thomas Möller**
Funktion: Schatzmeister
3. **Gebhard von Kries**
Funktion: stellv. Vorstandsvorsitzender
4. **Dr. Alexander Ropertz**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. **Dr. Peter Wilbring**

Gesamtzahl der Mitglieder:

46 Mitglieder am 27.11.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Immissionsschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband der Messstellen für Umwelt- und Arbeitsschutz e.V. (BUA) ist eine Interessenvertretung von akkreditierten Messstellen.

Die Mitglieder sind schwerpunktmäßig als notifizierte Messstellen gem. § 29b BImSchG im Immissionsschutz oder als akkreditierte Gefahrstoffmessstellen tätig.

Grundlagen der Arbeit des Verbandes sind die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und die Kollaboration zwischen den Mitgliedern und externen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Es werden unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Der BUA setzt sich mit Gesetzesinitiativen auseinander, deren Inhalte Einfluss auf die Regelungen im Arbeitsgebiet der Mitglieder des BUA haben und wirkt somit im Rahmen der Verbandsbeteiligung an Gesetzgebungsverfahren mit.

Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, zu denen Politikerinnen und Politiker, Mitglieder der Länderverwaltungen, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen und Fachleute auf den Arbeitsgebieten der BUA eingeladen werden.

Es werden auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt.

Um die Rahmenbedingungen für die Tätigkeiten der Mitglieder zu verbessern, unterhalten wir einen „interfraktionellen Dialog“. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale und machen Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung des Immissionsschutzes und der Vermeidung von Gefahrstoffen in der Außenluft, in Innenräumen und am Arbeitsplatz sowie die Vermeidung von Lärm und Erschütterungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der Gefahrstoffverordnung.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Technische Hinweise zur Konkretisierung der TA Lärm

Beschreibung:

Zum Referentenentwurf einer zweiten Verwaltungsvorschrift zur Änderung der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm regt der BUA an:

- a) Konkretisierung zu Artikel 1, Nr. 9, 1. Absatz,
- b) Entfall bzw. Anpassung zu Artikel 1, Nr. 9, 1. Absatz, Nr. 3 und Artikel 1, Nr. 9, 1. Absatz, Nr. 4,
- c) Konkretisierung zu Artikel 1, Nr. 9, 3. Absatz,
- d) Ergänzung zu Artikel 1, Nr. 9, 4. Absatz.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 647/22 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer Experimentierklausel in die TA Lärm (Lösung von Lärmkonflikten zur Wohnraumförderung)

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408080013 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Verbesserung der Rechtssicherheit bei der Steuerung von Lärmbelastungen in der Bauleitplanung

Beschreibung:

Zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung regt der BUA an:

- a) die vorgesehene Änderung in § 9 Nr. 23a vorzunehmen,
- b) auch eine Regelung zur allgemeinen Zweckbestimmung der Baugebiete zu erlassen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung

Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]

3. Hinweise zur Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren nach der 9. BImSchV

Beschreibung:

Zum Entwurf eines Mantelgesetzes und einer Mantelverordnung zur Umsetzung der novellierten IE-Richtlinie Anhörung der beteiligten Kreise nach § 51 BImSchG -

Aktenzeichen: C I 2 – 5012/032 regt der BUA an:

Gleichstellung von Sachverständigen und Messstellen, die nach § 29b BImSchG bekanntgegeben sind.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 44/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen

Zuständiges Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMUKN): Referentenentwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1785 zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (2025) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]

4. Stellungnahme zum Entwurf einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Schlachthanlagen

Beschreibung:

Am Beispiel bezugnehmend auf Punkt 5.4.7.2 a,b,c, stellvertretend für alle weiteren Anlagenarten (5.4.7.2f, 5.4.7.12.1.1) werden nachfolgend unsere Bedenken hinsichtlich der geplanten

Messstrategie auf offenen Flächenfiltern erläutert:

Die im Unterpunkt „Messung und Überwachung“ bei den einzelnen Anlagen aufgeführte Messvorschrift für organische Stoffe gemäß VDI 3880 (Oktober 2011) soll gestrichen werden. Messungen sollen erst dann durchgeführt werden, wenn hierfür von einem Expertengremium eine neue, für diesen Fall anzuwendende Messvorschrift erarbeitet wurde.

Die Durchführung von Messungen für Ammoniak und Schwefelwasserstoff soll vor dem Biofilter festgeschrieben werden mit Forderung der Einrichtung von geeigneten Messstellen.

Referentenentwurf:

Referentenentwurf des BMUKN für eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2023/2749 über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken in Bezug auf Schlachtanlagen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 23.09.2025

Federführendes Ministerium: BMUKN [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

40.001 bis 50.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[BUA-Einnahmen-Ausgaben-und-Rechenschaftsbericht-2024.pdf](#)